

Gaulsche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 314. für Unhalt und Thüringen. Jahrgang 202.



Druckerei für Halle a. S. Nr. 20, durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr.
Die Gaulesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal. — Druck- und Verlagsort: Halle a. S.
Gaulsche Zeitung (eig. Gaulesche Zeitung), 24. Unterhaltungskreis (Gaulsche Zeitung), Halle, Verlagsort.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Telephon 185; Telephon 1774. Eing. Nr. 1774.
Verleger: Dr. Wilhelm Gaulesche in Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren f. d. Postbezugsstellen über oben Num. 1. Halle a. S. den Gauleschen 20 Pfg., außerdem 20 Pfg. Postgebühren am Ende des wöchentlichen Laufs die Halle 10 Pfg. Krugler-Kaufmann, h. Apotheken in Halle a. S. u. bei allen bekannten Kanonen-Deponitorien.

Donnerstag, 8. Juli 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Postfach 14.
Telephon Nr. VI Nr. 11 494.
Druck und Verlag von Carl Zschäke in Halle a. S.

Kaiser Wilhelm und die Franzosen.

Der Kaiserbesuch auf der „Ariadne“ in Kiel wird nunmehr auch von dem Kaiser, Senator Gaston Meinier, kommentiert. Aus einem Gespräch mit einem Mitarbeiter der „Action“ sind folgende Mitteilungen des Weltgewandenen Parlamentarier hervorgehoben:

Der Eindruck, der sich aus der Unterhaltung beim Feiern auf der „Ariadne“ ergab, läßt sich ungefähr so zusammenfassen, daß eine neue Atmosphäre in Deutschland sich gebildet hat. Man merkt, daß sich in den Beziehungen uns gegenüber etwas geändert hat; die Atmosphäre ist nicht mehr so trübe, sondern sehr für eine Annäherung geeignet und sie ist dadurch entstanden, daß gerade während der jüngsten Zwischenfälle sich herausgestellt hat, wie aufrichtig unsere beiden Länder befreundet sind, Konflikte und Zusammenstöße zu vermeiden. Trotz allem, was man sagen und schreiben mag, ist der deutsche Kaiser ein Friedensfürst, der sich völlig Rechenschaft darüber ablegt, daß das Schicksal der Nationen in Zukunft nicht mehr auf den Schlachtfeldern entschieden wird, sondern daß der Kampf auf dem rein wirtschaftlichen Gebiete ausgefochten werden muß. Das erklärt den Antagonismus zwischen Deutschland und England. Diese letzte Macht — Senator Meinier hob hervor, daß der Vergleich nicht von ihm kommt — gleicht jenen schönen Frauen, die nachdem sie in der Gesellschaft allein in Gesellschaft und umschmeichelt worden, eines Tages bemerken, daß an derer Schönheiten neben ihnen sich ergeben. Darüber werden sie eifersüchtig und etwas ungelassen. . . . Gewiß hat Deutschland uns in den letzten Jahren unaufhörlich etwas an Bezug zu fällen geliebt und ich erinnere mich, daß Herr Kowier als Ministerpräsident sich mir gegenüber sehr bitter über die fortwährenden Nachstellungen der deutschen Politik beklagte, die die Erhaltung eines leidlichen Einvernehmens unmöglich machten. Ich muß aber bemerken, daß die Befürchtungen während des Capablanca-Gaulesche weit übertrieben waren. Von was da fällig berichtet. Im Verlauf der Unterhaltung, die ich darüber mit dem Kaiser hatte, erklärte mir der Herr, daß er sich mit folgenden Worten an den Kaiser gewandt hätte: „Sie müssen mir absolut die Saute arrangieren.“

Die Gründe der Kälte der Beziehungen zwischen Berlin und Paris im 1905 herum sind vielfache; einer der hauptsächlichsten war zweifellos die geringe Beliebtheit, deren sich der französische Botschafter in Berlin, Herr Vibourd, erfreute. Das war wirklich nicht der rechte Mann auf dem rechten Platze, mag er auch ein sehr liebenswürdiger und geselliger Diplomat sein. Er verstand es nicht, jene besondere Atmosphäre der Sympathie und des Vertrauens um sich zu verbreiten, die zu dem Erfolg einiger unserer großen Diplomaten so bedeutend beitragen. Der Kaiser befragte sich über ihn mehrfach sehr heftig. „Das war ein Mann, mit dem man unmöglich plaudern konnte“, sagte er mir selbst eines Tages und stellte dabei Herrn Cambon in den schmeichlichsten Gegenüber zu seinem Vorgänger. Auch die Herren Serrette und der Marquis de Noailles waren sehr beliebt gewesen. Von dem letzteren erzählte mir der Kaiser persönlich: „Eines Morgens sehr früh war der Portier der französischen Botschaft nicht wenig überrascht, mich antommen zu sehen und zwar ganz allein; geradezu erstaunt war er, als ich sofort bei dem Marquis de Noailles vorgelassen zu werden verlangte. Dieser war noch im Bette und mußte mich jedoch in seinem Schlafzimmer empfangen. Ich ließ ihn sofort aufrufen und wie gingen dann beide, nachdem wir eine kleine Erfrischung zu uns genommen, im Biergarten spazieren. In zwanzig Minuten haben wir da mehr erledigt, als wir in einer langen Korrespondenz fertig gebracht hätten.“

„Dieser kurz, ich bringe einen ausgezeichneten Eindruck von dieser langen Unterhaltung mit. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß sich jetzt zwei Jahren bei unseren Nachbarn eine sehr starke Strömung zu Gunsten der Erhaltung des Friedens gebildet hat. Die Vera des gegenseitigen Misstrauens, die Periode des Unbehagens und der Befürchtungen scheint jetzt endgültig abgeschlossen. Wir dürfen dabei nicht vergessen, daß zu denen, die am meisten zu der französisch-deutschen Annäherung beigetragen haben, der Fürst Albert von Monaco gehört.“

Der Zuvorwieder der „Action“ konnte natürlich eine solche Unterhaltung nicht beenden, ohne eine Frage nach den verlorenen Provinzen einzuflechten. Senator Gaston Meinier wollte darauf nicht eingehen, sagte aber dann ernstlich: „Nun ja, Bringt Sie zurück, der Bruder des Kaisers, mit dem ich mich über dieses bedeutsame und immer so aufregende Problem unterhalte, erwiderte mir in einem unbedingbaren Tone: „Ach ja, Elia-Rohrbringen, das ist die wahre Wunde.“

Das Besoldungskompromiß in der Budgetkommission.

In der Montag-Sitzung hatte die Budgetkommission einstimmig ihren Beschluß über die Gehälter der Postbeamten, 1200—1800 Mk., bestätigt, obgleich Schatzsekretär Sedow diesen

Beschluß im Namen der verbündeten Regierungen für unannehmbar erklärte. In der Sitzung am Mittwoch stand die zweite Beamtenkategorie, über die zwischen der Mehrheit der Kommission und der Regierung ein Einvernehmen nicht erzielt war, zur Verhandlung, die Gehälter der Postbeamten. Der Beschluß erster Lesung hatte für 1800 bis 3000 Mk. normiert.

Schatzsekretär Sedow wiederholt das Unannehmbar auch für diesen Beschluß. Die Regierung sei bereit, nachzugeben in bezug auf die Erhöhung des Mindestgehalts von 1650 auf 1800 Mk.; es sei aber ausgeschlossen, über 3000 Mk. hinauszugehen. Die finanzielle Belastung würde 8 Millionen betragen; dazu kämen die Besoldungen für Posten in Höhe von 6 Millionen. Bezahle die Kommission auf ihrem Beschluß, dann sei die Besoldungsgesetzgebung beendet.

Freiwirtschaftlicher Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben fügte gegen den Kommissionsbeschluß die Eisenbahnbeamten ins Feld. Diese Beamten würden zu der größten Weidwider berechtigt sein über ein solches Hinneigen der Postbeamten. Die dienstliche Tätigkeit der Eisenbahnbeamten sei größtenteils anstrengend und gefährlich. Der Kommissionsbeschluß sei völlig unannehmbar.

Der Finanzminister teilt mit, daß auch der Bundesrat noch einmal einmütig das Unannehmbar beschließen habe.

Nach längerer Aussprache, die fast nur zwischen der Regierung und dem Freiwirtschaftler geführt wird, bringen die Konservativen, die Mittelpartei und das Zentrum einen Antrag ein, der sich auf den Boden des Besoldungsgesetzes stellt: 1800—2000—2500—2500—2700—2900—3100—3300. Ein Kommissionsmitglied der Mittelpartei begründet dieses Kompromiß. Man komme über das Unannehmbar der Regierung nicht hinweg und wolle den Beamten wenigstens die Minderzahlung auf den 1. April 1908 sichern. Bei der Abstimmung stimmt mit der Linken nur die wirtschaftliche Vereinigung für den Beschluß ihrer Lesung, der damit abgelehnt ist. Mit derselben Mehrheit wird dann der Kompromißantrag angenommen.

Nunmehr wird in rascher Folge die Mehrheitsvorlage über die anderen Beamtenkategorien im einzelnen angenommen.

Für einige Beamtenkategorien wird aus formellen Gründen noch eine dritte Lesung vorgenommen, weil eine Umänderung der Klassen erforderlich ist. In einer von den Abg. v. Liebert (M.), Dr. Richter (son.), Kattmann (natürl. Bg.), Graf Wielogorski (Pole) und Erbsberger (Hr.) eingehenden Resolution wird der Reichstagler ersucht, ohne Verzögerung die Gehälter, Zulagen usw. zur Auszahlung zu bringen und den durch die Beschlässe des Reichstages erforderlichen Nachtragsetz zur formellen Regelung erst bei Wiedereröffnung des Reichstages im Herbst einzubringen.

Eine Änderung an den Besoldungsvorschlägen erfolgt bei Klasse 20b (Post- und Telegraphenbeamte). Die Aufwandsätze sollten damals 1800—2200—2600—3000—3400—3800—4200 Mk. betragen. Der Reichstatter beantragt: 1800—2200—2600—3000—3400—3700—4000—4200. Mit dieser Verringerung der Postbeamten erklärt sich der Schatzsekretär einverstanden. Die Sozialdemokraten lehnen diese Verringerung ab, da sie besagt werde mit möglicher Niedrighaltung der Anfangsgehälter bei anderen Gruppen. Der Antrag des Reichstatters wird angenommen. Die Nationalliberalen und Freiwirtschaftler beantragen eine Aufwandsatz für 18 Jahren statt 21 Jahren. Die wirtschaftliche Vereinigung verweist darauf, daß in bezug hierauf die Regierung ein Unannehmbar nicht geworden habe, und daß man daher der Sekretären diesen Betrag verweigern solle.

Gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Freiwirtschaftler und wirtschaftliche Vereinigung wird die Verlesung der Aufwandsätze abgelehnt. Eine nationalliberale Resolution, die für die Oberzahlmeister und Zahlmeister eine nicht pensionsfähige Zulage von je 150 Mk. fordert, wird, nachdem der Schatzsekretär ein Unannehmbar erklärt, abgelehnt.

Deutsches Reich.

* Der Reichstag lehnte am Mittwoch in namentlicher Abstimmung den § 1 der Wahlenreform mit 188 gegen 170 Stimmen bei 8 Stimmenthalten ab. Da auch die übrigen Teile des Gesetzes abgelehnt wurden, findet eine dritte Lesung im Plenum nicht statt. Im weiteren Verlauf der Sitzung lehnte der Reichstag auch den Wahlenreformgesetz in einfacher Abstimmung ab. Eine dritte Lesung findet hier ebenfalls nicht statt. (Vergl. auch den Parlamentsbericht.)

* Die Dispositionen des Reichstages. Der Seniorenkonzent des Reichstages einigte sich gestern dahin, daß heute, Donnerstag, die zweite Lesung der Finanzreform beendet werden soll. Am Freitag sollen keine Vorlagen und, wenn möglich, Wahlprüfungen erledigt werden. Am Sonnabend soll die zweite Lesung der Besoldungsvorlage, am Montag die dritte Lesung der Finanzreform statt finden, an die sich die dritte Beratung der Besoldungsvorlage anschließen wird. Man nimmt an, daß Mittwoch die Beratungen beendet sein werden. Da größere Vorlagen noch unerledigt sind, wurde der Wunsch geäußert, den Reichstag nicht zu schließen, sondern nur zu vertagen.

* Der Kaiser wird in Kiel. Die Jagd „Hohenjollen“ mit seiner Majestät dem Kaiser an Bord und die Begleitkräfte „Gumburg“ und „Gleipner“ sind Mittwoch nachmittags, 4 Uhr unter dem Salut der Forts und der Kriegsschiffe vor Kiel eingetroffen. Die Mannschaften fanden in Paradeuniform auf Deck und begrüßten den Kaiser durch dreimaliges Hurra.

* Valentini beim Kaiser. Der Chef des Zivilkabinetts Dr. Valentini ist in Kiel eingetroffen.

* Dr. Gammann. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Der Referent für Abgabengelegenheiten im kaiserlichen Amt, Wirkl. Geheimr. Legationsrat Dr. Gammann, hat seine Dienstgeschäfte wieder übernommen.

* Die bulgarische Agentie in Berlin ist zur Gefandtschaft erhoben und der bisherige diplomatische Agent Rufford zum Gesandten und bevollmächtigten Minister ernannt worden.

* Deutschland und England. Auf einer am 7. Juli in London abgehaltenen Konferenz der Reichsregierungen in Deutschland, Belgien und England und die deutschen Institutionen zuziehend, beizutreten. Der Bischof von Salisbury hat die außerordentliche Courtisole des deutschen Volkes und seinen Patriotismus hervor, was Deutschland zu einem patriotischen Ganzen zusammenzuschließen, sei die allgemeine Verpflichtung. Die Beschlüsse der Konferenz, die einmütige eine Resolution an, die den bringenden Wunsch ausdrückt, die Bande zwischen den beiden Völkern mögen erhalten und gestärkt werden, und das Vertrauen ausdrückt, daß die letzte Zusammenkunft sowie künftige Freundschaftsbereitschaft zwischen den Regierungen des christlichen Glaubens in beiden Ländern in zunehmendem Maße dazu beitragen werden, dieses glückliche Ergebnis herbeizuführen.

* Der Stand der deutschen Alltagsgesellschaften. Der Bundesrat wird nach der neuen politischen Konzeption in seiner nächsten Sitzung Beschluß fassen über eine einmalige Bestandsaufnahme sämtlicher in das Handelsregister der Gerichte des Deutschen Reiches eingetragenen Haupt- und Zweigniederlassungen von Alltagsgesellschaften, Romanistik-Gesellschaften auf Aktien, Alltagsgesellschaften mit beschränkter Haftung und getrennt Personen der Bestandsaufnahme soll eine Ergänzung zu den bisherigen Veröffentlichungen über den Stand der deutschen Alltagsgesellschaften, welche das Kaiserlich Statistische Amt bereits seit einigen Jahren erscheinen läßt.

* Das Frauenstudium. Ueber die Bedingungen der neuen Bestimmungen über das Frauenstudium ist ein Bericht erschienen, der besagt, daß die Bestimmungen bescheiden bescheiden sind, das Studium der Frauen an den Universitäten indessen zu erhöhen. Dieser hat die Zulassung der Frauen, die nur Hospitantinnen sein dürfen, von der Genehmigung des Rektors und des einzelnen Fakultäten abgehängt. Das hat jetzt aufgeführt, weil die Frauen immatriculiert werden. Ferner sind aber darüber, da es sich nur um Hospitantinnen handelt, geringere Anforderungen gestellt worden; jetzt müssen die Frauen die Besoldung haben wie die Männer. Und dadurch wird naturgemäß eine gewisse Verdrängung eintreten. Nur wer ordnungsmäßig studieren will hat eine genügende Besoldung, hat voll zugelassen werden. Die Folge hiervon wird sein, daß die Zahl der studierenden Frauen an den Universitäten zunächst zurückgehen dürfte. Es entsteht aber dadurch ein Liebergangstudium, daß die einmal als Hospitantinnen zugelassenen Frauen jetzt nicht abgemeldet werden. Ausländerinnen bedürfen nach wie vor zur Zulassung grundsätzlich der Genehmigung des Ministers.

Deutscher Reichstag.

277. Sitzung vom 7. Juli, 12 Uhr.
Am Bundesratstag: v. Bethmann-Sollweg, Seydow, Delbrück.

Kleinere Vorlagen.

Das Muster- und Modellgesetzkommen mit Dänemark wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Die Vorlage über Ausgabe kleiner Aktien in den Konfuziergeschäftsstellen und im Schutzgebiete Kanakstaaten wird der Budgetkommission überwiesen.

Der Handelsvertrag mit Venezuela (Weißbügelfähigkeit für Handel und Industrie) wird nach Angriffen des Abg. Stolthagen (Soz.) auf den Legationsrat aus ausländischer Arbeiter in Preußen und einer Zurückweisung der Anfrage durch den Staatssekretär v. Bethmann-Sollweg in erster und zweiter Lesung angenommen.

Darauf wird die zweite Lesung der Reichsfinanzreform fortgesetzt. Zu der von der Finanzkommission beschlossenen Wahlenreformgesetz

Wahlenreformgesetz
bemerkte
Abg. Speck (Zentr.): Der Gedanke dieser Steuer hat weniger eine finanzwirtschaftliche als volkswirtschaftliche Bedeutung. Ich hoffe, die verbündeten Regierungen werden diese Steuer doch noch genehmigen, zumal Abg. Dr. Noelle und ich eine Änderung beantragen. Redner empfiehlt diesen Antrag, der die Steuer je nach dem Betriebsumfang pro Lohne mit 1 Pfennig beginnen und von einer Produktion von 100 000 Löhnen an mit 10 Pfg. enden läßt, während die Kommission schon von einer Produktion von 90 000 Löhnen an eine Steuer von 12 1/2 Pfg. pro Lohne beschlossen hatte.

Abg. Dr. Noelle (son.): Der Vorschlag, die Wahlenreformsteuer verteuere Brot und Weiz, ist nicht richtig. Nach unserer neuen Steuer würde das Pfund Brot 1/10 Pfennig Belastung zu tragen haben. Die jetzigen Verhältnisse im Weizen sind sehr ungesund. Es drängen zur Entscheidung. Erhöhungen sind nachgerade genug angeht.

Freiwirtschaftlicher Handelsminister Delbrück: Die verbündeten Regierungen betrachten die Wahlenreformsteuer einseitig für unannehmbar. Der Vorschlag der Steuer, welche fünfzigfachen voraus, daß mit der Größe des Betriebes die Steuerhöchstgrenze steigt. Die Leistungsfähigkeit der großen Mühlen 3. A. am Rhein bedarf, daß man dort den Weizen billiger heranzuführen und das Weiz ebenfalls billiger verkaufen kann. Sie mögen die Steuer stellen wie Sie wollen. Es werden immer nollebende Betriebe ungesund treffen.

Abg. Dr. Noelle: Bundesratsmitglied Dr. v. Bunsen: Es ist richtig, daß die bayerische Regierung einer Wahlenreformsteuer (sympathisch gegenübersteht. Nur darf sie nicht einen Eingriff in die direkten Steuern und in die Gewerbesteuer bringen. Den

